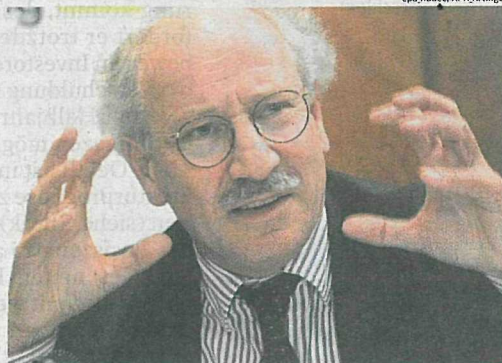


STAATSHAUSHALT

Schon bald wird bis 68 Jahre gearbeitet

Ein neues Pensionsmodell soll laut dem Sozialexperten **Bernd Marin** langfristig Einsparungen von 12 Milliarden € im Jahr bringen. Die Voraussetzungen dafür: Längere Lebensarbeitszeit, Streichen von Privilegien und viel Engagement. Es profitieren aber Arbeitgeber ebenso wie alte und junge Arbeitnehmer. **3**



epa_hudec, APA, Artinger

BUDGETKONSOLIDIERUNG Pensionsexperte und Managementclub stellen Modell mit Einsparungen in Milliardenhöhe vor Marin: Ältere Betriebe „kostenlos“ werden für Betriebe „kostenlos“

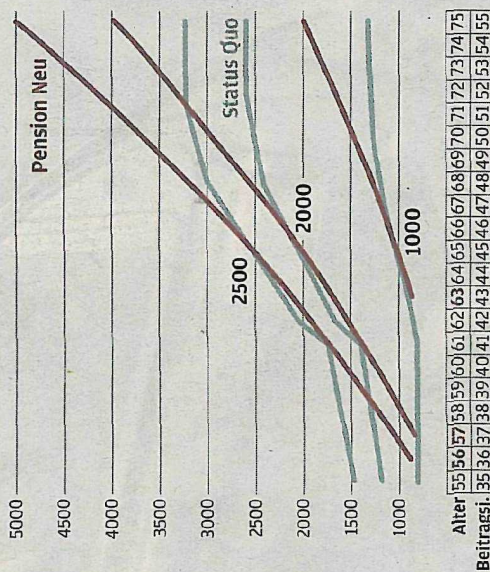
Eine längere Lebensarbeitszeit ist das Kernstück eines neuen Pensionsmodells. Dafür müssten aber Privilegien fallen und Unternehmen steuerlich unterstützt werden.

„Kommt die Vermögensteuer, ist sie eine reine Pensionistensteuer“, sagt Pensionsexperte Bernd Marin. Die Österreicherinnen und Österreicher gehen nicht nur viel zu früh in Pension, kosten den Staat an Zuschüssen im Jahr 12,2 Milliarden €, sondern sind auch die Top-Verdiener im OECD-Vergleich (siehe Grafik). „Armutspensionen sind Sozialkitsch“, so der Experte. Auf Lebensjahre bezogen, kämen Frauen auf knapp 500.000 € Pension, eine beamtete Lehrerin sogar auf eine Million €.

Als Beitrag zur Budgetsicherung präsentierte Marin mit dem Managementclub (mc) ein neues Pensionsmodell. Die „Flexipension“ orientiert sich am schwedischen Modell. Derzeit kommen hierzulande auf 100 Leute 171 Pensionen, so Marin. „Unser System baut nicht auf Eigenpensionen, wir vertrauen auf den Staat.“ 70 Prozent aller Österreicher legen noch vor dem gesetzlichen Pensionsalter die Arbeit nieder. „Weiterarbeiten

PENSION-NEU

■ Status Quo vs. mc-Modell Pension Neu für Einkommenskategorien (14x1000/2000/2500€) für Pensionsantrittsalter 55 bis 75



Quelle: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik, Bernd Marin, OECD

lohnt sich nicht, weil die Zirkulation und Abschlüsse gedeckelt sind.

Aus für Politikrenten

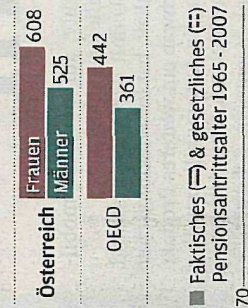
Das soll sich ändern. Ein individuelles und transparentes Pensionskonto soll bei bester Rendite für mehr Beitragsgerechtigkeit sorgen, ohne den Staat aus seiner Pflicht zu entlassen. Wesentliches Element ist die Aufnahme des Pensionsantrittsalters. Aufgebaute auf der Mindestpension (14 Mal jährlich 800 €) soll ein Zeitkonto

55 plus entstehen. Die Unternehmen sollen zwar in Selbstverpflichtung auch einen Teil der Kosten übernehmen, dafür könnten ältere Arbeitnehmer (und sehr junge) mit steuerlichen Zuckerlöhnen „für die Betriebe quasi kostenlos gemacht werden“, so Marin.

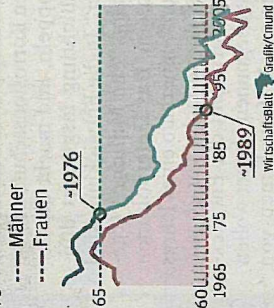
Bis 2050 steigt das durchschnittliche Pensionsalter so um ein bis zwei Jahre. Marin: „Die Briten rechnen damit, ab 2046 mit 68 in Pension zu gehen. Das sollten wir auch tun.“

ISABELL WIDEK
isabell.widek@wirtschaftsblatt.at

■ Lebenspensionseinkommen 2010 (in Tsd. \$)



■ Faktisches (—) & gesetzliches (---) Pensionsantrittsalter 1965 - 2007



NOVELLE Pensionisten locken mit 300 bis 400 Millionen €

Es würde dem Staat in schwierigen Zeiten helfen und in guten verkraftbar sein: 300 bis 400 Millionen € könnte das Pauschalsteuermodell dem Staat in die Kassen spülen, das die gesamte vorhandene Pensionskapital der Pensionskassen mit dem halben Durchschnittsteuersatz einmalig versteuern würde, rechnet der Präsident des Österreichischen Seniorenrats, Karl Blecha, vor. „Das sollte in Zeiten wie diesen ein Argument sein.“ Danach würden Pensionen steuerfrei ausbezahlt sein.

Dem Seniorenrat geht die Novelle des Pensionskassengesetzes nicht schnell genug, weswegen er neben der Forderung nach dem Pauschalsteuermodell auch seine anderen beiden Forderungen bekräftigt, alle drei mit Unterstützung der größten österreichischen Pensionskasse, der VBV: Die Leistungsberechtigten sollen die Möglichkeit haben, von der Einzahlung in die

„Illusorische Zinsen“

„Der Staat hat das unzureichende Gesetz zu verbessern“, sagt Seniorenrats-Präsident Andreas Kohl. Der in den 90er-Jahren genehmigte Rechnungszins sei illusorisch und viel zu hoch gewesen, mit der Abschaffung der Mindesttragsgarantie habe man die Pensionskassen-Berechtigten entschuldungslos enteignet.

„Wir brauchen die Pensionisten als sinnvolle Ergänzung der ersten Säule der Altersvorsorge“, sagt VBV-Vorstand Karl Trimmel. Experten seien sich einig, dass es begleitende steuerliche Maßnahmen geben müsse. Ein Punkt, in dem sich VBV und Seniorenrat nicht einig sind: das Recht, aus der Pensionskasse auszutreten. Das würde sich negativ auf Kalkulation und Risiko auswirken. (tp)

Fair Finance peilt 250 Abfertigungsmillionen an

Hecht im Karpfenteich: Mit einer Vermögensverwaltung unter ökologischen Gesichtspunkten und einer neuen Strategie will sich die neue Fair-Finance Vorsorgekasse AG (FF) bis 2016 fünf Prozent des Marktes für Abfertigungsvorsorge-Kassen sichern. Das wäre hochgerechnet ein verwaltetes Vermögen von 250 Millionen €.

Die derzeit neun Vorsorgekassen, in denen Unternehmen für die spätere Abfertigung ihrer Mitarbeiter ansparen, verwalten zurzeit rund 3,3 Milliarden €. Um das hochgesteckte Ziel zu

erreichen, will FF-Vorstandsvorsitzender Markus Zeiliger „vor allem jene 5000 Unternehmen ansprechen, die mehr als 100 Mitarbeiter haben. Auch Klein- und Mittelbetriebe sollen den Weg zu uns finden.“

Garantie, Beteiligung

Punkten will FF-Chef Zeiliger bei Firmen und deren Betriebsräten mit insgesamt günstigeren Kosten als bei der Konkurrenz und einem genossenschaftlichen Modell: „Wir bieten 2,25 Prozent Mindestzinsgarantie plus Kapitalgarantie plus eine Be-

teilung von zehn Prozent am Fair-Finance-Gewinn ab 2014.“ Dann soll FF laut Business Plan knapp im Plus sein.

Gewinnprognose

Der FF-Gewinn für 2015 ist mit 700.000 € budgetiert, jener ab 2016 mit 900.000 €. Der jährliche Mindestzins für Kunden ab 2011 orientiert sich an der Höchstzinssatzverordnung für Lebensversicherungen. Bei den Verwaltungskosten sei FF mit kleinem Team, ohne Vertriebsstruktur, mit 1,7 Prozent günstiger als andere. Bei den Veranlagungserträgen lagen

die neun Konkurrenten 2009 mit im Schnitt 3,65 Prozent höher, dafür gäbe es dort nur eine Kapital-, aber keine Zinsgarantie, sagt Zeiliger.

Im Portfolio der FF befinden sich unter anderem skandinavische und österreichische Staatsanleihen, die supranationale Eurofima-Anleihe sowie Aktien etwa von Solarworld. FF-Eigentümer sind zu je 30 Prozent die deutsche GLS-Bank und die deutsche Oeko capital Leben. Drei Prozent hält Zeiliger, Ex-Chef der Bonus Vorsorgekasse, der Rest sind Private. (bk)